

Politik aktiv gestalten

Ein Plädoyer für die Übernahme politischer Verantwortung

Die Wähler der AfD wollen eine neue Politik für unser Land. Sie wollen diese Politik nicht in ferner Zukunft, sondern im Hier und Heute. Das wird untermauert durch eine Emnid-Umfrage von Mitte Dezember 2017, in der sich ein Drittel aller Wähler (Ost: 41 %, West: 27 %) und vier von fünf AfD-Sympathisanten für eine Zusammenarbeit mit der CDU/CSU aussprachen.

Während sich die AfD-Wähler mit deutlicher Mehrheit bereits klar positioniert haben, besteht bei einem Teil der AfD-Mitglieder nach wie vor die Auffassung, dass es bis auf weiteres vorrangige Aufgabe der AfD sei, Missstände aufzuzeigen, die Enttäuschung in der Bevölkerung aufzunehmen und Protestpartei zu bleiben, um erst irgendwann später aus einer Position der Stärke heraus Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dabei werden willkürliche AfD-Wahlergebnisse von 30 % bis 51 % als Voraussetzung benannt oder festgestellt, man dürfe nur als „Seniorpartner“ in Koalitionen eintreten. Beide Voraussetzungen treffen übrigens für den gerade erfolgten Regierungseintritt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) nicht zu. Dies würde jedoch bedeuten, dass man in einem solchen Moment ohne irgendwelche Regierungserfahrung dastünde. Ein Vorhaben, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt wäre.

Bemerkenswert ist, dass diese Kriterien von dem Teil der Partei zur Voraussetzung für eine Koalition gemacht werden, der die AfD als eine Protest- und Bewegungspartei sieht. Eine Regierungsbeteiligung gilt als „Verrat am Wähler“, da man nicht bereit ist mit den Altparteien und ihren Politikern zusammenzuarbeiten, da selbige pauschal für den „Niedergang unseres Landes“ verantwortlich gemacht werden. Diese Positionierung macht deutlich, dass bewusst unüberwindlich hohe Hürden aufgebaut werden, weil eine Zusammenarbeit schlicht nicht gewollt ist. Damit einher geht auch die Ablehnung jeglicher Öffnung zur bürgerlich-konservativen Mitte. Vielmehr entsteht der Eindruck, als wolle man sich in der bequemen Rolle des „Freien Radikalen“ einrichten und die Privilegien des Parlamentarismus von der Oppositionsbank genießen, ohne in die Verlegenheit zu kommen, Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen zu müssen.

Die Mehrheit der AfD-Wählerschaft tickt jedoch anders: Ihr Wunsch ist es, dass die Partei so stark wird, dass sie nicht nur Fehlentwicklungen aufzeigen und kritisieren kann, sondern auch realistische Lösungen entwickelt. Die AfD muss dazu von einer oppositionellen Protestpartei gegen den Status quo zu einer Partei werden, die mittelfristig in der Lage ist, ganz konkret politische Verantwortung zu übernehmen. Die Beantwortung der Frage, ob dies als Juniorpartner einer der Altparteien geschehen sollte oder als Partei, die eine Regierung anderer auf der Basis konkreter Absprachen in zentralen politischen Punkten toleriert oder aus einer Position der Stärke, die es der AfD erlaubt, selbst einen Koalitionspartner auszusuchen, kann dabei zunächst getrost unbeantwortet bleiben.

Als Beispiel für eine möglicherweise zu schnelle Regierungsbeteiligung wird oft die FPÖ genannt. Sie ging 1999 mit 26,9 % als zweitstärkste Partei aus den Nationalratswahlen in Österreich hervor und bildete eine Koalition mit der ÖVP. In der Folgezeit stürzte die FPÖ bei

den Wahlen zum Europaparlament 2004 auf 6,3 % ab. Allerdings wird dabei meist ausgeklammert, dass die FPÖ in ihrer Regierungszeit in zahlreiche politische Affären verwickelt war, mit erheblichen innerparteilichen Querelen zu kämpfen hatte und, dass vor 15 Jahren Parteien wie die FPÖ in Europa noch eine seltene Erscheinung waren und ihre Aufnahme in eine Regierung auf internationale Ablehnung stieß. Erst mit ihrer Spaltung, der Trennung von umstrittenen Personen und einem klaren Kurs gegen eine Überfremdung und Islamisierung Österreichs stieg sie wieder in der Wählergunst. Heute ist eine gefestigte FPÖ erneut Juniorpartner in einer bürgerlichen Koalition. Möglich wurde dies durch die umfangreiche Regierungserfahrung, welche die FPÖ auf Landes- und Bundesebene sammeln konnte. Nur so konnten die notwendigen umfangreichen Erfahrungen mit dem Verwaltungsapparat der Ministerien und Ämter umgemünzt werden in erfolgreiche Koalitionsverhandlungen.

Der Blick auf die Nachbarländer zeigt: wo Parteien, die zunächst von vielen Wählern aus Enttäuschung über das Establishment gewählt wurden, den Weg in die Regierungsverantwortung antreten, kann es – wenigstens zeitweise – zu Enttäuschungen kommen. Wer dauerhaft im demokratischen Spektrum Erfolg haben und sein Parteiprogramm umsetzen will, kommt aber nicht um derartige Risiken herum. Lernprozesse lassen sich nicht umgehen, auch wenn sie einen Preis haben. Diesen Preis so niedrig wie möglich zu halten, ist die Aufgabe guter politischer Führung und verlangt ein klares strategisches Vorgehen. Im Kern muss es gelingen, die Leistungen der eigenen Partei offensiv darzustellen und die möglichen Zugeständnisse an Koalitionspartner leicht verständlich zu erklären und zu begründen. Lernprozesse müssen begleitet, gesteuert und moderiert werden.

Im Fall der AfD darf es keine Übernahme von Verantwortung geben, bei der nicht vorher klar festgelegt worden ist, welche Anliegen der AfD und ihrer Wählerschaft prioritär in Angriff genommen werden. Bei klarer politischer Führung wird es weder eine feindliche Übernahme der AfD geben noch deren Entschärfung oder Zähmung im Sinne der Altparteien. Dass dies möglich ist, zeigt die Entwicklung in anderen Ländern.

Die entscheidende Frage ist also, was für eine AfD wir wollen: eine Protestpartei oder eine AfD, die mittelfristig, möglicherweise bereits 2021 im Bund und in dem einen oder anderen Bundesland ggfs. schon früher, in der Lage ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen? Welchen Stimmenanteil streben wir an? Solide 7 – 12 % im Rahmen einer Protestpartei oder 20 % und mehr als Herausforderer der alten Volksparteien im Wettstreit um die Regierungsverantwortung?

Soll die AfD Protestpartei bleiben, reicht es aus, die bereits heute AfD-affinen Wählerschichten in der bekannten Form bei der Stange zu halten. Dabei ist es egal, ob die Art der „Bespielung“ dieser Wählerschichten den Altparteien, den Medien und der Mehrheitsgesellschaft Steilvorlagen für eine Stigmatisierung als Rechtsaußen liefert. Denn Ziel der AfD wäre ausschließlich der Protest, nicht die Lösung von Problemen. Das Erfolgsrezept wäre die Einbindung aller am Protest interessierten Kräfte, egal ob sie sich lediglich gegen einzelne Persönlichkeiten und Fehlleistungen der Altparteien richten oder grundsätzliche Zweifel an dem Staat Bundesrepublik Deutschland haben. Wer nur sagt, wogegen er ist, kann zumindest vorübergehend schnell eine heterogene Anhängerschaft versammeln. Allerdings wird sich eine solche Protestbewegung irgendwann totlaufen und zur Sache einiger Unentwegter werden, die sich nur noch auf sich selbst beziehen. Pegida und andere Protestbewegungen sind hier ein warnendes Beispiel.

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland wollen in ihrer übergroßen Mehrheit Deutschland so behalten, wie es ist. Aber sie wollen durchaus deutliche Korrekturen, wie sie von den AfD seit ihrer Gründung angemahnt werden. Politisch anzustreben sind also ersthafte und oft auch tiefgreifende Reformen, aber keine Revolution von links oder von rechts.

Zielt man darauf ab, dass die AfD in absehbarer Zeit politische Verantwortung übernimmt, reicht es deshalb nicht aus, nur auf Protest zu setzen. Dann muss sich die AfD Kompetenz und Expertise aufbauen und sich uneingeschränkt als seriöse, gestaltende Kraft präsentieren, die Protest aufgreift, demokratisch kanalisiert und in eine Form bringt, die zur Lösung der Probleme beiträgt, statt sie nur zu beschwören. Dazu gehören selbstverständlich klare Ecken und Kanten und wo erforderlich auch ein Stück Provokation. Denn alte Denkmuster, in denen sich Teile des Establishments behaglich eingerichtet haben, müssen kritisch hinterfragt und als überkommen verworfen werden, wenn unser Land wieder auf einen zukunftsfähigen Kurs einschwenken soll.

Will die AfD Verantwortung übernehmen, muss sie jenseits der bereits erreichten Wählerschichten vor allem im liberalkonservativ-bürgerlichen Spektrum mehr Vertrauen gewinnen. Viele Menschen in diesem Milieu empfinden inhaltlich bereits heute durchaus Sympathien für die AfD. Das schlechte Image von Teilen der Partei als reiner Protestpartei am rechten Rand hat sie aber bislang sowohl vor einer Wahl und erst recht vor einer sichtbaren oder auch nur diskreten Unterstützung zurückschrecken lassen. Durch unbedachtes Verhalten und dumme Äußerungen Einzelner zwingt die AfD diese Wähler, entweder weiter die Merkel-Union als kleineres Übel zu wählen, die opportunistische Lindner-FDP als angebliche Alternative zur AfD zu unterstützen oder sich in Wahleuthaltung zu üben. Nur bei eindeutiger Abgrenzung vom äußerst rechten Rand und mit einem klaren Bekenntnis zur Übernahme von politischer Verantwortung hat die AfD die Chance, liberalkonservativ-bürgerliche Kreise sowie die politische Mitte zu für sich zu gewinnen – als Mitglieder, als Wähler und als Unterstützer – und sich so dauerhaft als politische Kraft zu etablieren.

Auch wenn sich aktuell die Übernahme von Regierungsverantwortung weder auf Bundes- noch auf Landesebene abzeichnet, könnte die AfD sehr viel eher mit der Frage nach der Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung konfrontiert werden als mancher es heute erwartet. Die latente Regierungskrise durch den langwierigen Prozess der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene, der sich schleichend verschlechternde Zustand unseres Landes durch verdeckte Arbeitslosigkeit, zunehmende prekäre Beschäftigungsverhältnisse, drastischen Bildungsverfall, fortschreitenden Individualismus, den Niedergang traditioneller Konfessionen bei gleichzeitiger zunehmender Islamisierung, den demographischen Wandel, zunehmenden Fundamentalismus, latenten Terror, überbordende Migration durch Armutsflüchtlinge, steigende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, die Rentenmisere, zunehmende organisierte Kriminalität und eine weitere Polarisierung zwischen Arm und Reich haben das Land in einen Zustand versetzt, der kaum dramatischer sein könnte und schnelles, entschlossenes politisches Handeln erfordert.

Hinzu kommt die Gefährdung unserer ohnehin bereits stark ausgehöhlten nationalen Souveränität durch eine leichtfertige, bürgerferne Pro-EU-Politik. Statt aus der Eurokrise und dem Desaster immer neuer „Rettungsschirme“ oder aus dem Brexit und der schleichenden

Abwendung der Visegrád-Staaten von der EU zu lernen, wird versucht Fakten zu schaffen, die einen Ausstieg aus der verfehlten Europapolitik unmöglich machen sollen.

Ergänzt wird dieses Szenario durch den katastrophalen Zustand einiger Landesregierungen. Beispielhaft sei hier Berlin genannt, wo Rot-Rot-Grün als unbeliebteste und erfolgloseste deutsche Landesregierung vor dem politischen Offenbarungseid steht. Bemerkenswert sind auch die überwältigenden Erfolge der AfD in den Neuen Bundesländern bei den Bundestagswahlen 2017. Sie zeigen, dass sich die Frage einer Regierungsbeteiligung hier bereits im zweiten Halbjahr 2019 stellen könnte und in Bayern aufgrund einer zunehmend schwächeren CSU ggfs. schon 2018.

Bevor jedoch Koalitionsverhandlungen real werden können, muss zunächst die Frage beantwortet werden, ob es überhaupt ausreichend Gemeinsamkeiten zwischen den bürgerlichen Parteien AfD, CDU/CSU und FDP gibt, die eine Zusammenarbeit zulassen. Wie eine Analyse der Bundestagswahlprogramme durch das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung vom September 2017 zeigt, beläuft sich das Konfliktpotential der bürgerlichen Parteien derzeit auf 27 %. Das bedeutet: In drei von vier Fragen stimmen die Positionen der genannten Parteien überein. Dies entspricht dem gleichen Wert wie für Rot-Rot-Grün. An Sachthemen sollte deshalb eine Zusammenarbeit nicht scheitern, auch wenn es durchaus unterschiedliche Auffassungen in den wichtigen Fragen der Innen-, Migrations- und Zuwanderungspolitik sowie der Euro-, Europa- und Energiepolitik gibt. Eine strategische Kooperation zwischen politischen Parteien, die sich bisher ausschließlich als Gegner gegenüberstanden, entsteht nicht über Nacht. Sie braucht als Grundlage viel gegenseitiges Vertrauen, das zunächst in Gremien, in denen Sacharbeit mehr gefragt ist als Wahlkampfgetöse sowie bei Treffen und Gesprächen Einzelner aufgebaut werden muss.

Dabei geht es nicht darum, die AfD an der Seite von CDU/CSU und FDP um jeden Preis in eine Regierung zu führen. Ohnehin ist es nicht ratsam, nur auf diese Parteien zu schauen. Theoretisch kommt für eine Zusammenarbeit auch die SPD in Frage, sofern sie sich aus der babylonischen Gefangenschaft der Alt-68er und ihrer Erben löst und sich endlich wieder auf Ihre Wurzeln als Partei der kleinen Leute bezieht.

Die AfD, das haben die letzten Jahre gezeigt, bewegt deutsche Politik allein durch ihre Existenz, ihr Programm und ihre Themensetzung. Ganz ohne Minister- oder Senatorenposten ist es bereits gelungen, die politische Agenda in Bund und Ländern zusehends von links zurück in die Mitte der Gesellschaft zu verschieben. Darum ist jetzt der Zeitpunkt erreicht, dass die AfD nicht nur ihre politischen Konkurrenten zum Umdenken bewegt und so erste greifbare Verbesserungen für die Bürger erzwingt. Vielmehr geht es darum, dass Deutschland wieder auf den richtigen Kurs gebracht wird. Globalisierung, Umverteilung, Gleichmacherei, Multi-Kulti und Internationalisierung von Verantwortung sind überkommene Trends von gestern. Die Zukunft gehört einer Politik, die wieder die Interessen unseres Landes und seiner Bürger in den Mittelpunkt rückt. Wer seine Politik dieser Leitlinie unterordnet, dem wird der Erfolg bei den Wählern nicht versagt werden.

Wie die eingangs zitierte Emnid-Umfrage zeigt, erwartet der Wähler von der AfD die Übernahme von Verantwortung und wird ein Sich-Wegducken als mutlos und verantwortungslos wahrnehmen. Die Wähler haben längst erkannt, dass die Lage in unserem Land zu schwierig ist, um weiter darauf zu warten, dass sich irgendwann einmal etwas ändert.

Wer sieht, dass ein Zug konsequent in die falsche Richtung rollt, darf nicht darauf warten irgendwann in der Zukunft vielleicht eine radikale Notbremsung vorzunehmen. Stattdessen gilt es, sich fit zu machen, um so bald wie möglich einen zentralen Platz im Fahrerhaus einzunehmen, um den Zug sauber zu bremsen und zu wenden.

Wenn die AfD diese Chance verpasst, Politik heute aktiv mitzugestalten und stattdessen auf eine Art von „splendid isolation“, also eine sich selbst genügende wunderbare Isolierung, setzt, wird sie für die Zukunft unseres Landes irrelevant werden. Dies gilt es mit einer intelligenten Strategie zu vermeiden.

GP Berlin, 06.01.2018